

V0849/23

Abbruch des Versuchs eines Popup-Radwegs an der Schloßlände
-Dringlichkeitsantrag der Stadtratsfraktionen CSU u. FW und der Ausschussgemeinschaft
FDP/JU vom 21.09.2023-

Antrag:

die Stadtratsfraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER sowie der Ausschussgemeinschaft FDP/JU stellen folgenden Gemeinschaftsantrag:

1. Der Versuch des Popup-Radwegs an der Schloßlände soll umgehend abgebrochen werden
2. Auf Grund der bereits gewonnen Erkenntnisse prüft die Verwaltung eine Verbreiterung des Fuß-/ Radwegs an der Donauseite / Südseite der Schloßlände und eine gleichzeitige Reduzierung der Breite des Fuß-/ Radwegs auf der Nordseite auf ein notwendiges, funktionales Maß
3. Die Straße Schloßlände bleibt vierspurig (zwei Fahrspuren in jede Richtung) und die rechte Spur erhält stadteinwärts eine Abbiegemöglichkeit nach rechts in die Roßmühlstraße.

Begründung:

- Bei der kürzlichen Baustellenschau des Stadtrats an der Schloßlände hat sich gezeigt, dass die fehlende vierte Spur und eine damit verbundene fehlende Abbiegespur nach rechts, einen erheblichen Verkehrsstau erzeugt.
- Mit einem Popup-Radweg an der Schloßlände und der Reduzierung auf drei Fahrspuren wurde im Versuch ein Nadelöhr geschaffen, das die Verkehrssituation in der Schloßlände zusätzlich und unnötig belastet. Gleichzeitig wird durch die fehlende Fahrspur eine wichtige Ost-West Verbindung und Bypassfunktion erschwert, die bei Verkehrsstörungen im Umfeld für eine funktionierende Verkehrsführung schon häufig sehr gute Dienste erwiesen hat. (Sperrungen, Baustellen, Unfälle im Bereich Schillerbrücke, Südliche Ringstraße)
- Die Lösung für die Verkehrsflächenverteilung könnte sein, den Rad-/Fußweg auf der Donauseite zu verbreitern und auf der Nordseite die Wegbreite für Fahrräder und Fußgänger auf ein notwendiges Maß zu reduzieren, um einen sicheren, fließenden Verkehr sowohl stadteinwärts als auch stadtauswärts für alle Verkehrsteilnehmer zu ermöglichen.

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit	05.10.2023	Entscheidung
--	------------	--------------

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit vom 05.10.2023

Frau Wittmann-Brand erklärt anhand einer PowerPoint-Präsentation die aktuelle Lage zum Verkehrsversuch. Die Präsentation liegt als Anlage dem Protokoll bei. Die Stadtbaurätin merkt an, dass der Radfahrer nach der Ver- und Entsorgungssituation aufgeleitet werden solle. Somit könne eine Rechtsabbiegemöglichkeit wiederhergestellt werden. Als Kompromissvorschlag regt sie an, den modifizierten Verkehrsversuch bis Ende November laufen zu lassen. Es dauere eine gewisse Zeit, bis sich diese Veränderung oder eine entsprechende Beschilderung, eingespielt habe. Die Variante A – ohne die Rechtsabbiegespur – bringe eine deutlich geringere Leistungsfähigkeit der Kreuzung. Durch die Variante B sei eine Rechtsabbiegemöglichkeit in die Roßmühlstraße gewährleistet. Bei der Variante C, solle der Verkehrsversuch eingestellt werden, sodass es wie ursprünglich

geplant im Norden keinen Radweg, gebe. Der Gehweg solle dann so beschildert werden, dass dieser auf die Südseite geleitet werde. Frau Wittmann-Brand verweist hierzu auf die kontroverse Diskussion im Fahrradbeirat. Hier sei man der Meinung, dass es auch im Norden eine Möglichkeit für die Radfahrer geben sollte. Auch die Kreuzungssituation solle beampelt werden, sodass die Fahrradstrecke im Süden komfortabler zu fahren wäre.

Auch sei im Fahrradbeirat, insbesondere vom ADFC aufgegriffen worden, dass man ggf. mit der Radwegführung und einem vernünftigen breiten Radweg im Süden auskommen könne und es keine Radverkehrsführung im Norden bräuchte, wenn es einen schmalen geführten Radweg gebe. Herr Hoffmann teilt mit, dass die Verkehrsuntersuchung schon praktisch bestätigt habe, dass der Knotenpunkt nur dann wieder leistungsfähig werde, wenn diese Rechtsabbiegespur erneut eingeführt werde. Er betont, dass es um die Prüfung gehe, ob man an dieser Stelle mit drei Fahrstreifen für den Kfz-Verkehr auskomme, und nicht primär um den Radverkehr.

In den wenigen Wochen habe sich die Annahme der Experten gezeigt, dass an der Kreuzung eine Spur nicht ausreichend sei, so Stadtrat Deiser. Abgesehen davon müsse der Gehweg bis mindestens zur Eisenbahnbrücke für eine gemeinsame Rad- und Fußgängerspür zur Verfügung stehen. Stadtrat Deiser zeigt sich damit einverstanden, dass bis zum Ende des Versuchs diese Abbiegespur bis nach der Versorgungseinfahrt bestehen bleibe. Er regt aber an, dies direkt nach der Tiefgarageneinfahrt vorzunehmen.

Hier müssen kleine LKWs für z. B. die Müllversorgung, in die Kongressgarage einfahren. Insofern mache es Sinn mit der Aufstellfläche etwas später zu beginnen, so die Stadtbaurätin.

Vor Ort sei ersichtlich gewesen, dass dort so gut wie keine Radfahrer unterwegs seien, weil diese auf der anderen Seite fahren. Insofern sehe Stadtrat Deiser kein großes Problem bei dieser Ausfahrt, weil diese am Tag keine fünfmal genutzt werde.

Die Stadtbaurätin sei davon ausgegangen, dass dort täglich mehrmals eine Be- und Entlieferung stattfinde. Sie regt an, das Ganze einfach auszuprobieren, damit die vorgeschlagene Variante zügig umgesetzt werden könne. Durch eine entsprechende Beschilderung bestehe dann die Möglichkeit, die Mittelinsel zurückzubauen, um die Rechtsabbiegespur noch hinzubekommen, wenn der Fahrradweg im Norden umgesetzt werden solle.

Stadtrat Semle verweist auf den Radweg auf der Nordseite bei Schulbeginn. Dort seien dann etliche Radfahrer unterwegs. Er wisse aber nicht, wie die Frequenz zu anderen Stoßzeiten sei. Für Stadtrat Semle erscheine es für sinnvoll, wenn ein Geh- und Radweg gleichläufig breit genug sei. Zeitgleich weist er darauf hin, dass der gegenläufige Radweg auf der Südseite für Fußgänger und Radfahrer bisher zu schmal sei. Insofern bittet er hier um Betrachtung der Gesamtsituation. Weiter spricht er sich positiv für das Vorgehen der Stadtverwaltung aus, damit hier Erfahrungen gesammelt werden können. Nach den Worten von Stadtrat Semle gebe es auch noch andere Möglichkeiten wie eigene Fahrstreifen für eine gemeinsame Nutzung von Bus und Fahrrad.

Herr Hoffmann verweist auf die enge Situation auf der Südseite. Insofern habe man sich für die Reduzierung einer Fahrspur und die Verschiebung nach Norden, entschlossen. Auf der Nordseite gebe es derzeit einen breiten Gehweg, welcher ebenfalls noch reduziert werden könne. Er sei der Meinung, dass es auch auf der Nordseite einen möglichst getrennten Radweg geben solle.

Stadtrat Böttcher spricht sich grundsätzlich für die Belange der Radfahrer aus. Er informiert jedoch, dass er sich die Stelle angesehen habe und merkt an, dass zur normalen Tageszeit kaum Radfahrer unterwegs seien. In der Früh sehe er hier nicht die große Problematik, weil

die meisten in eine Richtung fahren. Auch auf der Nordseite könne undiszipliniert in die Stadt gefahren werden. Er spricht sich für einen zweispurigen Ausbau der Fahrbahn in Richtung Stadt aus. Es könne nicht sein, dass die Busse wegen ein paar Radlern in der Schlange stehen müssen. Stadtrat Böttcher appelliert an die Disziplin der Radfahrer. Es stelle sich die Frage, ob es vielleicht mehr Verkehrsüberwachung brauche.

Wenn Stadtrat Meier in den Süden fahre, dann fahre er oft von Ost nach West. Dies gefalle ihm aber nicht, da oft Kinderwagen und Fußgänger unterwegs seien, die teilweise sehr unberechenbar sind. Insofern habe er beim Fahrradfahren kein gutes Gefühl, weil er stetig ausweichen müsse. Deswegen brauche es unbedingt einen Radweg auch auf der Nordseite. Hier sei er bei Stadtrat Deiser. Die Rechtsabbiegespur könne ab der Tiefgarageneinfahrt erfolgen. Er sehe kein Problem, wenn der Fußweg für Radfahrer zulässig sei. Weiter teilt er mit, dass er durch die THI fahre, wenn er nicht auf der Nordseite fahren könne. Hier müsse er allerdings absteigen und dies sei nicht die Lösung.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf sichert den Mitgliedern des Ausschusses die Information zu den Zahlen der Verkehrsbewegung zu.

Der mündliche Bericht wird bekannt gegeben.